

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuenblatt 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Mittwoch, 15. Mai 1895.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Hasenstein & Vogler
G. L. Daube, Invalidentank. Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies,
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heine, Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

E. L. Berlin, 14. Mai.

Deutscher Reichstag.

92. Plenar-Sitzung vom 14. Mai.

1 Uhr.

Eingegangen: Zuckersteuer = Nothgesetz und
weiter Nachtragsetat.
Zur Beratung steht zunächst die Novelle
zum Invalidenfondsgesetz.
Schatzsekretär Graf Posadowsky: Der
Zweck des Gesetzes ist aus diesem selbst ersichtlich.
Die Zinsen des Invalidenfondes sollen für Kriegs-
theilnehmer verwendbar gemacht werden. Und
zwar auch für solche, welche eine direkte Schäd-
igung, eine körperliche, durch den Krieg nicht nach-
weisen können. Allerdings soll das Gesetz nur
denen zu Gute kommen, welche gegenwärtig be-
dingt und sonst der öffentlichen Wohlfahrt an-
heimfallen würden. Man ist bei diesem Gesetz
auch infolge von einem neuen Prinzip
gegangen, als hier eine Dezentralisation stattfin-
den soll. Die einzelnen Bundesstaaten werden selber
am besten in der Lage sein, über die Bedürftigkeit
zu entscheiden.

Abg. Graf Oriola (nat.-lib.): Meine
national-liberalen Freunde stehen dem Entwurf mit
Befriedigung gegenüber und halten ihn für so ein-
fach, daß wir eine kommissarische Beratung nicht
für nötig erachten. Jedoch geht dann auf die
vielfachen Petitionen ein, welche durch die Vorlage
ihre Erfüllung finden. Ausdrücklich bemerken
müsse er aber doch, wenn im § 3 von „ehren-
voller“ Theilnahme am Kriege gesprochen
werde, so setzen er und seine Freunde
voraus, daß damit nicht etwa gemeint sei,
daß nur der Besitz von Kriegs-Ehrenzeichen
zu Bezügen auf Grund dieses Gesetzes berechtige.
Ferner müsse er noch feststellen, daß mit dieser
Vorlage doch noch nicht allen berechtigten For-
derungen genügt sei. So beobachtet man in Glä-
sern, daß dort wohlhabende Wittwen von
französischen Militärs höhere Bezüge genossen, als
Wittwen von Personen, die unter deutschen Fahnen
gefallen seien.

Abg. Singer (Sozialdemokrat) erklärt
ebenfalls die Zustimmung seiner Partei zu der
Vorlage und tritt auch den weitestgehenden Wün-
schen des Vordrängers bei, vor allem betr. Koda-
fication der bisherigen in zahllose Novellen zer-
stückelten Invalidenfondsgesetzgebung; ferner be-
treffend Befähigung der vollen Invalidenpension
an die in Staats- oder Reichsdienst befindlichen In-
validen. Was dieser Gesetzentwurf biete, sei im
Uebrigen ungenügend. In zweiter Beratung
werde er verabschiedet werden müssen, so auf
Erreichung des Wortes „ehrenvoll“ im § 3, da
dieses eventuell nur zu Unbilligkeitsfällen Anlaß
gebe, wie schon der Vordränger ganz treffend an-
gedeutet habe. Ferner werde er beantragen, daß
bei dauernder gänzlicher Erwerbsunfähigkeit und
Unterstützungsbedürftigkeit die Beihilfe 360 Mark
statt nur 120 Mark betragen solle. Auch müsse
im § 2 die Bestimmung gestrichen werden, wo-
nach die Gewährung der Beihilfe abhängig sein
sollte von einer würdigen „Lebensführung“. Denn
dadurch gebe man es der Behörde in die Hand,
etwaige politische Erwägungen in die Sache hin-
einzutragen und aus politischen Gründen die
Beihilfe zu verweigern.

Schatzsekretär Graf Posadowsky stellt
aus Rücksichten auf die Höhe der Militär- und
Zivilpensionen die Möglichkeit in Abrede, die In-
validenpensionen in der Weise zu erhöhen, wie der
Vordränger es wünsche. Es würde dann ein zu
großes Mißverhältnis entstehen.
Generallieutenant v. Spitz: Das Wort
„ehrenvoll“ im § 3 soll nur befragen, daß die-
jenigen ausgeschlossen sein sollen, die sich ehelos,
unwürdig, teig vor dem Feinde benommen haben.
Die Beirückung ist unrichtig, daß solche In-
validenpensionen aus politischen Rücksichten ver-
weigert könnten; diese Verweigerung widerspricht ja
auch schon der bisherigen Handhabung des In-
validenfondsgesetzes. Das Wort unwürdige Lebens-
führung soll nur bedeuten: Personen, welche
sich eines unehrenhaften Lebenswandels befleißigen.
Abg. v. Bachem (Ztr.) glaubt, daß hierdurch
die Absichten des Abg. Singer wohl erledigt sein
könnten. Aber auch die Forderung Singers nach
Pensionen von 360 Mark könne er nicht unter-
stützen, weil er sich durch Annahme eines solchen
Antrages das Zustandekommen dieses Gesetzes
sicher aufhalten werden würde, und weil sich
ferner absehbare auch wohl noch andere Personen
finden würden, welche ähnlich hohe Ansprüche er-
heben würden. Und bis zu einem solchen Maße
von staatssozialistischer Färbung könne man jetzt
doch wohl nicht gehen. Seine Freunde stimmten
der Vorlage zu.

Abg. v. Lenzmann (fr. Vp.): Unter den
gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen, wo wir
erst eine Tabaksteuererhöhung abgeben müssen,
hat die Wohlfahrtigkeit des Herrn Singer, der
bei vorgeschlagenen Pensionen gleich verdrängen
will, für mich denselben Werth wie etwa die
Wohlfahrtigkeit des Herrn Schaefer mit seinem
warmen Abendbrot. So sehr ich auch mit der
Tendenz des Singers sympathisire, so können wir
doch die finanziellen Konsequenzen nicht ganz außer
Acht lassen. Ob man nicht eine
geringe Erhöhung über 120 Mark hinaus bei der
2. Lesung beantragen solle, wäre freilich noch zu
überlegen. Gegen das Wort „ehrenvoll“ können
wir wohl nach der gegebenen authentischen Aus-
legung alle Bedenken fallen lassen. Die unwürdige
Lebensführung ließe sich vielleicht besser durch
„Lebenswandel“ ersetzen, und zwar durch un-
sittlichen oder lichterlichen oder anstößigen Lebens-
wandel, denn daß ein Landrat wohl schon die
Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie als etwas un-
würdiges ansehen könnte, das kann man sich all-
erdings vorstellen. Grundsätzlich spricht sich Redner
zustimmend für die Vorlage aus.

Generallieutenant v. Spitz erklärt: mit dem
Anspruch anstößiger Lebenswandel würden die
Regierungen vielleicht einverstanden sein, nicht
jedoch mit einer Erhöhung der Pensionen über
120 Mark hinaus. Er bitte die, die am Zu-
standekommen der Vorlage ein Interesse hätten,
an der Höhe der Summe nicht zu ändern.

Abg. v. Leipziger äußert sich namens
der Konservativen zu Gunsten der unveränderten
Vorlage und aus finanziellen Gründen gegen
Singers Wunsch betr. Erhöhung auf 360 Mark.
Abg. v. Pachtke spricht sich für die Vor-
lage und gegen alle weiter gehenden Wünsche
aus, da hier jeder Schritt Hunderttausende kosten
könne. Auch
Abg. Förster erklärt, daß die Antisemiten
der Vorlage zustimmen.
Nach weiteren Bemerkungen der Abg.

Reich, v. Schöning und Lenzmann

schließt die erste Lesung.

In der zweiten Lesung bemerkt zum § 1
Abg. Richter: Bei der nächsten Staats-
beratung werde er beantragen, einen höheren Be-
trag als 400 000 Mark aus dem allgemeinen
Pensionsfonds auf den Invalidenfond zu über-
nehmen. Ferner empfehle er sich, zur Unter-
stützung der Invaliden auch die Gemeinden her-
anzuziehen.

Abg. v. Kardorff pflichtet diesem Ge-
bahren bei.

Eine kurze Debatte entspinnt sich dann noch
über den inzwischen eingebrachten Antrag Singer,
im § 1 das Wort „ehrenvoll“ zu streichen.

Minister v. Bismarck bittet um Auf-
rechterhaltung dieses Wortes. Ausgeschlossen von
dem Bezuge von Pensionen müsse beispielsweise
sein, wer etwa geprügelt habe, Marodeur ge-
wesen sei.

Abg. Singer zieht schließlich seinen Antrag
zurück und § 1 wird genehmigt.

Der Antrag Singer, die Beihilfe von 120
auf 360 Mark zu erhöhen, wird abgelehnt, nach-
dem der Antragsteller denselben befürwortet und
Abg. v. Kardorff denselben bekämpft hatte.

Ebenfalls abgelehnt wird ein Antrag Lenz-
mann, zum § 3, statt unwürdiger Lebensführung,
zu sagen „anständiger Lebenswandel“. Dafür
stimmen nur Freisinnige und ein Theil des Zent-
rums, dagegen unter Anderen auch die Sozial-
demokraten.

Ein von diesen gestellter Antrag, die betreffende
Bestimmung im § 3 ganz zu streichen, wurde
dann gleichfalls abgelehnt und der Paragraph in
der Fassung der Vorlage genehmigt.

Dyne bemerkenswerthe Debatten wird der
Rest der Vorlage angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes-
entwurfes betr. die Fürsorge für Militär- und Marine-
Reisenden.

Ein Antrag Harm will die Bestimmungen
streichen, wonach 1. nur eheliche Kinder zu berück-
sichtigen sind, und wonach 2. die Fürsorge nur
eintreten soll, wenn die den Tod verursachende
Beschädigung im Dienste „ohne eigenes Verschul-
den“ erfolgt ist.

Abg. Bachem und Hamacher er-
klären sich gegen diesen Antrag in seinem ersten
Theile, also infoweit derselbe auch für die un-
ehelichen Kinder gefordert werden will, dagegen
für Streichung der Worte „ohne eigenes Ver-
schulden“.

Nachdem auch Schatzsekretär Graf Pos-
adowsky bemerkt, wie er glaube, würden die
Regierungen gegen die Streichung dieser letzteren
Worte wohl keinen Einwand erheben, wird der
Antrag Harm in seinem zweiten Theile an-
genommen, in seinem ersten dagegen abgelehnt.

Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag
Stabthagen, die in der Vorlage angeordneten
Reisendebezüge zu erhöhen, wird nach Befürzung
desselben durch Generalleutnant v. Spitz und
Abg. Bachem, Förster (Antisemit), welche letz-
tere auf die Gefahr eines Scheiterns der Vorlage
hinweisen, abgelehnt und sodann der Rest der
Vorlage debattelos und unverändert an-
genommen.

Zur dritten Beratung steht die Vorlage
betr. Ausführung des Zolltariffs mit Österreich.
Die definitive Annahme erfolgt debattelos.

Zur zweiten Beratung steht der Ge-
setzentwurf über den wechselseitigen Beistand der
Bundesstaaten bei Eingehung von Abgaben und
Vollstreckung von Vermögensstrafen. Nach einer
unerblichenden Debatte wird die Vorlage mit einer
geringen Aenderung angenommen.

Es folgen Wahlprüfungen. Die Wahlen der
Abg. Graf Kumburg-Sturm, Rimpau, Ham-
macher, Böhm, v. Walgan werden debattelos für
gültig erklärt.

Der Beschluß bildet die Beratung von Pe-
titionen. Derselben werden sämtlich debattelos
nach den Anträgen der Kommission erledigt.

Hierauf verläßt sich das Haus.

Nächste Sitzung morgen 10 Uhr.

Tagesordnung: Antrag Richter betreffend Ab-
änderung des Reichswahlgesetzes; Antrag betreffend
ein Heimstättengesetz und Zentrumsantrag be-
treffend Aenderung der Konkursordnung.

Schluß gegen 5 Uhr.

E. L. Berlin, 14. Mai.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

66. Plenar-Sitzung vom 14. Mai.

11 Uhr.

Das Mandat des Abg. Kirch (Ztr.) wird
als durch dessen Ernennung zum Amtsgerichts-
rath nicht erloschen erklärt, auch das Mandat des
Abg. Dr. Schilling (kons.) wird als durch dessen
Amtsübernahme nicht erledigt erachtet.

Es folgt die Interpellation Ring (kons.):
Am 30. März ist ein Wagon an Klauenheute
erkrankter Schweine aus Ungarn (Steinbruch)
auf dem Berliner Viehhof eingetroffen. Welche
Maßregeln gedenkt die Regierung zu ergreifen,
um die einheimischen Viehbestände vor Einschlep-
fung dieser Seuche zu schützen?

Nach Begründung der Interpellation durch
den Abg. Ring erwidert der Minister Frhr. von
Hammerstein mit dem Hinweis auf die
ihren Sperrvorschriften, die für Schweine aus
Steinbruch in Folge der Einschleppung angeordnet
ist. Es ist jetzt nur die Durchfuhr von Stein-
bruch nach einzelnen bestimmten Städten gestattet;
eine genaue Untersuchung der Steinbrucher An-
lagen habe ergeben, daß dort ein Erkrankungs-
herd nicht vorhanden ist. Weitere Vorschriften in
Bezug auf die Grenzsperrung werden vom
Reichsanwalt für alle Bundesstaaten beraten.
Auf dem Berliner Viehhof sind die vorhan-
denen Einrichtungen nicht als zweckmäßig und
ausreichend; doch sollen die erforderlichen Bauten
baldmöglichst in Angriff genommen werden; da diese
etwa 3 Millionen kosten werden, so wird der
Stadt eine angemessene Frist gelassen werden
müssen. Auch in Bezug auf den Rummelsburger
Viehmarkt sind Erwägungen im Gange, um dort
eine Verbreitung der Seuche zu verhindern.
Auch an den Grenzen wird eine strengere Kon-
trolle und nöthigenfalls Quarantäne eingerichtet
werden.

Bei der Besprechung der Interpellation
regt der
Abg. v. Kardorff (Ztr.) an, die Gänse-
transporte aus Rußland genauer beobachten zu
lassen, da diese im Verdacht stehen, Seuchen zu
verschleppen.

Abg. Graf Limburg (kons.) dankt namens

seiner Fraktion dem Minister für dessen entgegen-

kommende Erklärung.

Abg. v. Mendel-Steinfeld (kons.) hält die
Desinfektion der Viehrampen auf den Bahnhöfen
für nötig; den Viehhändlern muß die Führung
von Büchern zur Pflicht gemacht werden, damit
dem Wege nachgeprüft werden kann, den die
Seuche genommen. Strengere Maßnahmen sind
nötig gegen das Typhusfieber und Difterie wird
immer noch als verheerendes Land behandelt werden
müssen.

Abg. Dr. Langerhans (frei. Vp.): Die
Landwirthe, die so strenge und kostspielige Ein-
richtungen für Berlin verlangen, mögen doch nicht
vergessen, daß sie und die Schlichter diese Kosten
wieder aufbringen müssen. Andere Länder werden
von den Seuchen viel härter heimgesucht, als wir.
An Stelle der Buchführung ließen sich vielleicht
andere Einrichtungen treffen, Stempelung des
Viehes oder dergleichen, die zuverlässiger sind, als
Buchungen. Die sonstigen Vorschläge Mendels
sind beachtenswerth.

Abg. Ring (kons.) bemängelt die Einrich-
tungen des Viehhoes in Berlin und ist erreut,
daß diese Mangelhaftigkeit auch von Herrn Lan-
gerhans anerkannt wird.

Damit schließt die Besprechung. Das Haus
erledigt hierauf Petitionen.

Die Petition um Anlegung eines dritten und
vierten Geleises auf der Strecke Groß-Vietertse-
Berlin (Anhalter Bahn) soll nach den Vorschlägen
der Kommission durch Tagesordnung erledigt wer-
den. Das Haus nimmt einen Antrag des Grafen
Limburg an, der auch von dem Abg.
Hobrecht (nat.) unterstützt wird, die Petition
der Regierung als Material zu überweisen.

Alle übrigen Petitionen werden debattelos
nach den Kommissions-Anträgen erledigt.

Sodann verläßt sich das Haus.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr.

Tagesordnung: Antrag Deerean auf Wieder-
herstellung der §§ 15-18 der Verfassung und
Petitionen.

Deutschland.

Berlin, 14. Mai. Se. Majestät der Kaiser
ist gestern Abend um 8 Uhr im besten Wohlfühl-
in Mültich eingetroffen und bezog sich von dort
alsbald zu Wagen nach Wirlschowitz.

Der „Schl. Ztg.“ wird über die Ankunft
Se. Majestät in Wirlschowitz noch gemeldet: Se.
Majestät der Kaiser, welcher bei seiner Ankunft
auf der Station vom Grafen Hochberg empfangen
wurde, fuhr Abends um 7 1/2 Uhr unter dem Ge-
läute der Glocken und dem Jubel der dicht ge-
drängten Bevölkerung bei herrlichem Wetter in
Wirlschowitz ein. Das Dorf ist reich geschmückt
und von Fremden überfüllt.

Ihre Majestät die Kaiserin wohnte heute
Nachmittag einem Quadrille-Dinner auf dem Hofe
des Leibgardiemer-Regiments in Potsdam
bei, welches von 16 Reitern des ersten Juges
der Leibgardiemer- und 16 Reitern des zweiten
Juges (Leibgades Ihrer Maj. der Kaiserin) aus-
geführt wurde.

Se. kaiserliche Hoheit Prinz Albrecht, Nach-
komme von Braunschweig, begibt sich heute Nach-
mittag um 3 Uhr 36 Minuten in Begleitung des
Chefs des Generalstabes der Armee, General-
Adjutanten General der Kavallerie Graf von
Schlieffen, der Obersten und Stabskapitän
v. Deines und v. Schele, des Kommandeurs des
Kaiser Franz Garde-Grenadier-Regiments, Oberst
Frhr. v. Vandenbroek-Petersdorf, des Komman-
deurs des Jäger-Regiments Kaiser Franz Josef
von Österreich, König von Ungarn (sch. Schweiz-
höländisches) Nr. 16, Oberst von Schmettau, so-
wie der persönlichen Adjutanten, Major Frhr. von
und zu Gloggenstein und Rittmeister v. Krosigk,
zum Anhalter Bahnhofe aus nach Wien. Die
Ankunft erfolgt in Teufchen heute Abend um 10
Uhr 20 Minuten. Daselbst wird ein feierlicher
Gottesdienst in der Deputation, welche
bekanntlich Se. Majestät dem Kaiser Franz Josef
den deutschen Feldmarschallstab überbringt, er-
warten, mittels dessen die Reise von Teufchen bis
Wien zurückgelegt wird. Die Ankunft in Wien
erfolgt morgen früh gegen 8 1/2 Uhr. Se. kaiserl.
Hohheit gedenkt, bis zum 18. d. Wts. in Wien zu
verweilen und an diesem Tage von dort direkt,
ohne Berlin zu berühren, nach Schloß Wlanten-
burg im Harz zurückzukehren.

In der Angelegenheit des Zeremonien-
meisters v. Koge werden aller Wahrscheinlichkeit
nach alle schwebenden Ehrenhändel infolgedessen
friedlichen Ausgang nehmen, als dabei die Pistole
oder der Säbel keine Rolle mehr spielen werden.
Die Beilegung dieses sensationellen Falles ohne
ferneres Blutvergießen soll, den „Z. M. N.“ zu-
folge, auf einen nicht mißzuverstehenden Wink von
höchster Stelle aus erfolgt sein.

Offiziell wird beküßt, daß der Kaiser
gestern das Entlassungsgesuch des kommandirenden
Admirals v. d. Golt genehmigt hat unter Stel-
lung desselben à la suite der Marine. Der bis-
herige stellvertretende kommandirende Admiral
Skorow ist nunmehr zum kommandirenden Admiral
ernannt worden.

Zu der auf Mittwoch angesetzten zweiten
Lesung der Brauntweinsteuer-Novelle in der be-
treffenden Kommission des Reichstages hat der
Abg. Fischel (frei. Vp.) mehrere Anträge vor-
bereitet, insbesondere bezüglich der Behandlung der
gemischten Brennereien.

In der Justizkommission des Reichstages
wurde heute § 244 der Schatzprozeßordnung dahin
abgeändert, daß in denjenigen Sachen, in denen
eine Verurteilung zulässig ist, das Gericht die Be-
weisführung über die nicht erheblichen Thatfachen
ablehnen kann. Die Gründe für die Ablehnung
müssen in dem betreffenden Gerichtsbescheid an-
gegeben sein. Ferner wurde die Frage erörtert,
ob angelegtes des nahe bevorstehenden Schlußes
der Reichstagssession ein Weiterarbeiten der Kom-
mission angezeigt erscheine. Dr. Minteln erklärte,
der Reichsanwalt habe ihm gestern mitgetheilt,
daß der Bundesrath sich über den Schluß der
Session noch nicht entschieden habe. In Folge
dessen werden bis auf Weiteres dreimal wöchent-
lich Sitzungen abgehalten.

Nachdem der Entwurf über die Tabak-
fabrikation vom Reichstage abgelehnt ist,
gehen sich einzelne Blätter die Mühe, nachzu-
weisen, daß die aus der Fabrikation erwartete
Wehrerinnahme gar nicht nötig sei. Ist es schon
an sich kein gutes Zeichen für die Gegner der
Vorlage, wenn sie auch noch nach der Verwer-
fung das Bedürfnis fühlen, ihre Abstimung zu
motiviren, so ist die Art, wie der Nachweis erbracht
wird, daß das Reich keine Einnahmeerhöhung nötig
habe, geradezu nat. Da gegenwärtig eine

Spannung zwischen den vom Reich an die Einzel-
staaten erfolgten Ueberweisungen und den Ma-
trikularumlagen zu Ungunsten der Einzelstaaten
besteht, kann nicht geleugnet werden, aber — man
vertrödet auf bessere Zeiten und meint, daß wenn
erst Handel und Verkehr wieder in aufsteigender
Richtung sich bewegen, auch die bestehenden
Reichseinnahmequellen reichlicher als bisher fließen
würden. Würde die Finanzpolitik sich darauf
verlassen, so verleierte sie ihren Namen nicht. In
günstigen Jahren die Finanzen eines Staats-
wesens zu regeln, ist nicht schwer, aber gerade für
die unglücklichen Zeiten soll doch durch die Finanz-
politik Vorsorge getroffen werden. Und das Ver-
bieten, hier auf irgend eine Weise den nicht zu
verfehlenden Mängeln abzuhelfen, besteht nach
wie vor. Auch kann durchaus nicht eingeeifert
werden, daß ein reines Genußmittel, wie der
Tabak es ist, keine höhere Besteuerung als bisher
vertragen könnte. Genuß liegt die Sache bei der
Ordnung des finanziellen Verhältnisses zwischen
Reich und Einzelstaaten. Solange nicht dafür
gesorgt ist, daß derjenige Faktor, welcher über
die Ausgaben beschließt, auch gleichzeitig die Ver-
antwortung für die völlige Deckung derselben
hat, solange entspricht dieses Verhältniß nicht der
ersten Forderung einer richtigen Finanzpolitik und
solange kann ein solches Verhältniß auch nicht als
zweckmäßig angesehen werden.

Die Kläne zu dem neuen Geschäfts-
gebäude des Hauses der Abgeordneten sind nun
auch weiteren Kreisen zugänglich gemacht. Es
geht aus denselben hervor, daß die Raum-
ordnung außerordentlich praktisch vollzogen ist.
Das wird am deutlichsten aus der Anordnung
des Tribünengebäudes klar; denn während sowohl
das alte als neue Reichstagsgebäude wie das
alte Abgeordnetenhaus nur auf drei Seiten des
großen Sitzungssaales Tribünen für die Zuhörer
aufwiesen, sind hier alle vier Seiten mit Tri-
bünen versehen und zwar so, daß auf der Seite,
welche sonst gewöhnlich tribünenfrei war, die
Tribünen sich für das Publikum befinden, wäh-
rend zwei andere Seiten zu Hoflogen, Ministern,
Abgeordneten u. s. w. Tribünen, die vierte Seite für
die Journalistentribüne bestimmt sind. Die
Presse hat in dem neuen Gebäude eine weitgehende
Berücksichtigung gefunden. Eine große Anzahl
von Zimmern ist ihr im Tribünengebäude und im
zweiten Stockwerk zur Verfügung gestellt. Auch
Lesezimmer und Restaurationsräume fehlen dar-
unter nicht. Sehr bequem wird es für die
Presse sein, daß der Raum für die Depeschen-
annahme sich mitten zwischen den ihr vorbehal-
tenen Zimmern befindet. Im Sitzungssaale
selbst ist außer der neuen Tribünenanordnung auch
noch die Aenderung betreffs des Präsidenten- und
Ministertisches bemerkenswerth. Während sich im
jetzigen Hause Minister- und Präsidententisch
gegenüber befinden, sind im neuen Gebäude beide,
wie dies auch in den Reichstagsgebäuden, sowie
im Herrenhause der Fall war und ist, auf eine
Seite verlegt. Rechts und links von der vor dem
Präsidententisch befindlichen Rednertribüne befinden
sich die Ministertische, welche einer genügenden
Zahl Regierungsvertreter Raum bieten. Wer
gesehen hat, wie ein mitunter der Raum am
Ministertisch im jetzigen Abgeordnetenhaus war,
wird erkennen, daß auch für die Regierungsver-
treter der Neubau größere Bequemlichkeit schaffen
wird. Der Platz für die Stenographen ist
in ähnlicher Weise wie im neuen Reichstagsge-
bäude eingerichtet.

Bei dem Empfange schlesischer Frauen
bemerkte gestern Fürst Bismarck über die Umsturz-
vorlage:
„Ich bin nicht unglücklich darüber, daß sie
gefallen ist; sie hätte, wenn sie angenommen wor-
den wäre, bei denen, von denen wir Abhilfe der
Uebel im Lande erwarten, die Ueberzeugung er-
weckt, daß sie nun etwas erreicht hätten und auf
ihren Vorbeeren anrücken könnten; diese Ueber-
zeugung wäre meiner Ansicht nach irrtümlich ge-
wesen, und ich bin deshalb froh, daß dieses Anhe-
ften diesen Herren entzogen worden ist, das sie
sich zu schaffen gedachten. Es war außerdem eine
Wenge nicht unbedenklicher Bestimmungen darin.
Aber ich appellire von unserem Parlament an
unsere Frauen: Helfen Sie uns, wirken Sie für
uns auf die Männer, zu denen Sie in Beziehung
stehen, in der Richtung, daß sie sich gegen die Ge-
fahren der Zukunft mit größerer Tapferkeit rükten
und wehren, als die war, die in der Umsturz-
vorlage erkennbar war. Halten die Frauen fest
an der Politik, so halte ich die Politik für gesichert,
nicht bloß für den Augenblick, sondern auch für
die Kinder, die von den Frauen erzogen werden,
und der Blick in die Zukunft läßt sich und be-
ruhigt sich, wenn man sieht, daß die Politik in
ihren großen und ganzen Zügen, wie sie im letzten
Wochenjahre unter Kaiser Wilhelm I. Leitung
gemacht worden ist, der Zustimmung nicht
nur der Majorität der gebildeten Deutschen,
sondern auch der vielfach maßgebenden
und ich freue mich, daß sie maßgebend ist — der
Zustimmung derer, die ich vorher unsere bessere
Hälfte nannte, zu erfreuen hat.“

Königsberg i. Pr., 14. Mai. Die Er-
öffnung der norddeutschen Gewerbe-Ausstellung
findet, wie vorgehen, am 26. Mai, Mittags 12
Uhr, statt.

Florn, 14. Mai. Der Gouverneur unserer
Festung, General-Lieutenant von Hagen, der erst
kürzlich zum Gouverneur ernannt worden ist, hat
seinen Abschied nachgesucht und wird schon in den
nächsten Tagen seinen Wohnsitz nach Berlin ver-
legen. Ueber den Nachfolger des Gouverneurs ist
bisher nichts bekannt.

Erfurt, 14. Mai. Von 256 Wahlmännern
des Land- und Stadtkreises Erfurt haben heute
281 den bisherigen Landtagsabgeordneten Lucius
wiedergewählt, nachdem dessen letzte Wahl für un-
gültig erklärt worden war. Ein Gegenkandidat
war nicht aufgestellt.

Münster i. Westf., 14. Mai. Ober-Kon-
sistorial-Rath Dr. Niemann ist im Alter von 75
Jahren gestorben.

Wiesbaden, 14. Mai. Auf der Reise nach
Wiesbaden wird der König von Dänemark am
Freitag, 17. d., auf Schloß Philippsruh bei
Hanau eintreffen, um an der Feier des Geburts-
tages seiner Schwägerin, der Landgräfin von
Hessen, theilzunehmen. Auch ihre Majestät die
Kaiserin Friederich und verschiedene andere Für-
lichkeiten werden zu dieser Feier erwartet. Für
die kaiserlichen Gäste findet ein Galadiner statt.
Der König von Dänemark will dieses Jahr be-
kanntlich auch sein in Hanau garnisontrendes
Infanterie-Regiment besuchen.

Wiesbaden, 14. Mai. In Gegenwart
zahlreicher Aerzte fand heute Vormittag die Er-
öffnung des Inhalatoriums für Lungentranke

statt. Nach einem Rundgang durch die In-
halationsräume und einem einleitenden Vortrag
des dirigirenden Arztes, Dr. Hensmann, wurde
ein gemeinsames Frühstück eingenommen, bei wel-
chem Generalarzt Dr. Wunsand auf das Gelingen
des neuen menschenfreundlichen Unternehmens
toastete.

Kassel, 14. Mai. Aus Kassel wird ge-
meldet: Der bisherige Reichstagsabgeordnete Dr.
Boettcher hat waldbesitzliche Parzellen benach-
bartet, daß er aus Gesundheitsrücksichten auf die
Wiederherstellung als Reichstagskandidat ver-
zichten müsse.

Münster, 14. Mai. Die Wanderver-
sammlung bairischer Landwirthe nahm eine Re-
solutions an, betreffend die Förderung landwirth-
schaftlicher Genossenschaften, besonders zur Er-
leichterung des Ablasses, ferner eine Resolution,
welche eine Staatsbeihilfe bei der ersten Er-
richtung kleinerer Lagerhäuser befürwortet. Die
nächste Versammlung findet im Jahre 1897 in der
Oberpfalz statt.

Österreich-Ungarn.

Wien, 14. Mai. Bei der heute stattgehab-
ten Wahl eines ersten Vizebürgermeisters lehnte
der bisherige Vizebürgermeister Richter die auf
ihn gefallene Wahl ab. Nach zwei weiteren er-
gebnislosen Wahlgängen wurde Dr. Unger in
engerer Wahl mit 65 Stimmen zum 1. Vize-
bürgermeister von Wien gewählt.

Wien, 14. Mai. Blättermeldungen zufolge
ist das Gerücht, wonach die Unterhandlungen mit
Ungarn bezüglich der schwebenden Frage der Süd-
bahn-Verkaufung zur Verhängung geführt
hätten und der Absluß der Angelegenheit in
nahe Aussicht stände, gänzlich erloschen.

Wien, 14. Mai. Magnatenhaus. Bei der
heutigen Verhandlung des Gesetzes betreffend die
freie Religionsübung, vertheilte der Fürstprimas
Bazsary den Nuntius Aglardi, der seinen Ver-
fugungskreis nicht überschritten habe. Der Fürst-
primas führte aus, dem Papst stehe auf die
Katholiken Einspruch in Sachen des Glaubens und
der Sitten zu; diesen Einspruch könne er auch durch
den Nuntius lassen. Aglardi habe bloß
Trennung für den Glauben und Liebe zum Vater-
lande gebietet. In interne Angelegenheiten Un-
garns dürfe sich allerdings eine auswärtige Macht
nicht einmengen.

Wien, 14. Mai. Das Magnatenhaus hat
unter großer Erregung den Abschnitt über die
Konfessionslosigkeit mit 117 gegen 116 Stimmen
als Grundlage der Spezialdebatte angenommen.

Frankreich.

Paris, 11. Mai. Die Regierung verbreitet
über die Mittel, die sie anzuwenden gedenkt, um
die Staatseinnahmen zu vermehren, halbamtliche
Mittheilungen, die ziemlich allgemeines Kopie-
hüllchen hervorrufen. Zunächst ist von einer
Aenderung des Erbssteuergesetzes die Rede. Von
der zu behebenden Erbschaft soll künftig der
ganze Betrag der Schulden abgezogen werden.
Bis zum vorigen Jahre ließ die Steuerbehörde
sich bei der Bemessung der Erbssteuer auf eine Be-
rückichtigung der Schulden überhaupt nicht ein.
Wer ein Haus im Werthe von einer halben Mil-
lion erbe, der mußte die Steuer für eine halbe
Million bezahlen, auch wenn auf dem Hause eine
eingetragene Schuld lastete, die seinen Werth über-
stieg. Der Erbe hatte nur ein Mittel, der Steuer
zu entgehen: er mußte die Erbschaft zurückweisen.
Die Unbilligkeit dieses Zustandes wurde vom Ge-
setzgeber anerkannt und als Säge der Erb-
steuer im vergangenen Jahre erhöht wurden, er-
langte der Steuerzahler gleichzeitig das Angekün-
dichte, daß von der Erbschaft die grundbüchertlich
eingetragenen Schulden abgezogen werden sollten.
Der Erbe geht nun weiter und gestattet die Ab-
rechnung aller Schulden. Wie er sich denken kann,
daß auf diese Weise eine Verminderung der Staats-
einnahmen erreicht wird, ist unverständlich. Es
wird Erben nie schwer werden, Gefälligkeiten
gläubiger zu finden, die bereitwillig erklären, daß
sie Forderungen in der Höhe der ganzen Erbschaft
an den Erblasser haben, und zu versichern wird
dann überhaupt nichts bleiben. Die Weingeist-
steuer auf 175 Franken für 100 Liter. Davon
verpflichtet der Erbe sich so bedenklich viel
Geld, daß er sich beist, die Steuern auf Wein,
Zucker und Bier abzugeben, die bisher 80 Mil-
lionen jährlich einbrachten und sie durch eine
gleichmächtige kleine Abgabe von zwei Franken auf
das Dekostiter zu ersetzen, die 56 Millionen er-
geben soll. Auf diese Weise dürfte der Ueberschuß
aus der Erbschaft der Weingeiststeuer sich in
einem Ausfall an den Staatseinnahmen verman-
deln. Die dritte Maßregel der Landwirthe, die
Schaffung der Steuerfreiheit der Weinsteuern für
den eigenen Bedarf bremen. Diese Maßregel
würde allerdings eine große Bedeutung haben,
aber es ist schwer, an ihre Verwirklichung zu
glauben. Seit vielen Jahren ist von der Unter-
drückung des Vorraths der Eigenbedarf-Brenner
die Rede, weil es zu schweren Mißbräuchen
Anlaß giebt und den Staat um reichlich die Hälfte
der rechtmäßigen Einnahmen aus der Weingeist-
steuer bringt, aber es ist der Regierung nie ge-
lungen, damit durchzubringen. Die Bauern
halten sich zu sehr auf dieses Vorrecht, das für
sie umso werthvoller wird, je höher die Weingeist-
steuer ist, als daß ihre Abgeordneten sich aus
Furcht vor dem Zorn der Wähler seiner Ab-
schaffung nicht widersetzen sollten. Mit den Mit-
teln, die halbamtlich angegeben werden, ist dem
Fehlbetrag sicherlich nicht beizukommen.

Paris, 12. Mai. Der Bauminister
Dupuy-Dutemps hat auf der Rundreise, die er
gegenwärtig im heimischen Süden macht, dem
Kardinal-Erzbischof von Nodex einen Besuch ab-
gestattet und dadurch seine radikalen Gesinnungs-
genossen in große Aufregung versetzt. „Santerne“,
„Radical“, „Rapport“, „XIX. Siècle“ sind dar-
über entrüstet, und auch der Chefbediente von
„Justice“, Clemenceau, wundert sich über diesen
in seinem Wachen begriffenen „Klerikalismus“
der Regierung. Der ehemalige Führer der
äußer

Zwangsversteigerung.

Am Donnerstag, den 16. d. Mts., Vorm. von 9 Uhr
ab versteigere ich Albrechtstraße 3a (Land-
gerichtsgebäude):
3 gold. u. 2 silb. Damennhren,
27 goldene Armbänder, 4 gold.
Granatarmbänder, ca. 50 goldene
Ringe, 14 silb. u. ca. 50 gold. Damen-
uhretten, ca. 100 paar gold. Korallen- u.
Granat-Ohringe, ca. 100 silberne u. gold.
Broden, ca. 100 goldene Nadel- u. Zahn-
Gerren-Uhretten, ca. 30 goldene u. silberne
Saisketten, versch. Medaillons, Trauringe
u. f. w. einzeln und auch in größeren Partien
gegen Baarzahlung.

Voss, Gerichtsvollzieher.

Ein wahrer Schatz
für alle durch jugendliche Verirrungen Erkrankte
ist das berühmte Werk:
Dr. Retau's Selbstheilung

Selbstbewahrung
81. Jd., Mit 27 Abbildungen. Preis 2 Mark. Lese es Jeder, der an den Folgen solcher Laster leidet. Tausende verdanken demselben ihre Wiederherstellung.
Leipzig, Neumarkt 21, sowie durch jede Buchhandlung.
In Stettin vorrätig in handlung, Breitestr. 41. **C. Hinrich's Buch.**

Die Fleischerei u. Wurstfabrik mit Dampfbetrieb

von
A. Rupnow,
Telephon 336,

empfehl't guten geräucherten Schinken à Pfd. 85 \mathcal{D}
gekochten à Pfd. 95 \mathcal{D} , Speck in Seiten à Pfd. 65 \mathcal{D}
setzen à Pfd. 60 \mathcal{D} , Schmalz in Schüsseln à Pfd.
25 \mathcal{D} 55 \mathcal{D} Butter und Salami in ganzen Mühl-

65 *S.*, ff. Gerbezeit und Eudamm in ganzen Lohfelle
à Pfd. 1 *St.*, gute Landwurst, sowie alle Sorten
Ränderwurst, 4 Sorten Leberwurst zu den billigsten
Preisen, Röstelknochenfleisch 20 *S.* Alles hieselbst
Schlachtung.

Neuf sur arg. r. 12.

aus Abfall,

Schaf- und Boctleder,
sehr billig, empfiehlt

R. Grassmann,
Rohlmarkt 10.

Die von dem Brande meiner, an de

dritten Oberbrücke belegenden Badeanstalt
übrig gebliebenen Theile will ich verkaufen

Reflektirende wollen sich bei mir melden
Fr. Kämmerling,

Bismarckstr. 14.

„Hygiene“:

Neu! Praktisch!
für Kaufleute unentbehrlich, empfiehlt

R. Grassmann,
Rohlmarkt 10.

Graue Haare

hell- oder dunkelbraune Naturfarbe durch unse-
garant, unschädl. Original-Präparat „Crimin“, Frei-
3 Mark. Funke & Co., Parfümerie hygiénique

Berlin, Wilhelmstrasse 5.

laet.

300 weitere

Vermiethungs-Anzeigen.

7 Kirchenstr. 7 Wohn. für 15 Mk. zu verm.

bestehend aus 6 Zimmern, Badestube und Zubehör, seit 6 Jahren v. Herrn **Dr. Schult** bewohnt, per 1. Oktober zu verm. Näheres

daselbst bei **Louis Sternberg.**
 Apfel-Allee 18, St., P., Rth., Wjrl. f. 11. Mz. 1.
Forturenken 17

ist eine kl. Wohnung zu verm.
Die Wohnung Lindendstr. 21

17. (Eingang Wilhelmstr.), 1 Tr.,
zum 1. Juli oder 1. Oktober

verm. 4 Stuben, Kloset, Bader-
stube, Küche und Zub. — jährliche

700 N. N. H. Baselst 2 Tr.
Zunkerstr. 12, 1 Tr., 4 Stuben, Kofe
und Badestube zum 1. Juli zu verm.

Junkerstr. 12, Hof, Stube, Kab. u.
Küche zu verm.

Sannierstr. 7, Sonnenseite, Stube, Kammer, Küche, Entree, 16,50 Mk

Stuben.

Ein j. Mädchen findet freundl. Schlafstelle
Hennrichstr. 2, Vorderh. 2 Tr.
Eine helle Blakmerktstelle für Schneider

oder Näh-
gabe unter
Mosse

b. **Bartelt**, Gr. Wollwebersir. 10, H. 3 Tr. r.
Bergsir. 9, 3 Tr. r. ist ein einfenstr. Borde

1 j. Mann f. g. Schlafst. Sannierstr. 3, 2 Tr.
1 leere Kam. ist an e. ordl. Mdsch. o. Frau sogl.

3. 1. Juni zu verm. Louisenstr. 2, v. 1 $\frac{1}{2}$ Tr.

